Nach dem Ende des selbsternannten „Interimspräsidenten“ Juan Guaidó hat die britische Regierung ihre Anerkennung der venezolanischen Nationalversammlung von 2015 bekräftigt. Diese existiert jedoch nicht mehr, nachdem sie mit den Parlamentswahlen von 2020 abgelöst worden ist. Zudem hat London erklärt, die in der Bank von England lagernden Goldreserven Venezuelas nicht an die Regierung in Caracas zurückzugeben. Die Regierung von Venezuela hat eine entsprechende Erklärung des britischen Außenministeriums „kategorisch“ zurückgewiesen und „die Veruntreuung von Gold, das dem venezolanischen Volk gehört“, scharf kritisiert. Völker- und verfassungsrechtlich ist das britische Vorgehen eine Farce. Selbst für den Kauf von medizinischen Produkten wird das Gold nicht freigegeben. Von **Marta Andujo**.

In der Nationalversammlung von 2015 hatte die venezolanische Opposition die Mehrheit gewonnen, 2020 erlangte die Regierungspartei von Präsident Nicolás Maduro, bei einem Wahlboykott der größten Teile der Opposition, die Mehrheit zurück.

Die Ankündigung Großbritanniens erfolgte, nachdem das Oppositionsbündnis am 30. Dezember beschlossen hatte, die von Guaidó geführte „Übergangsregierung“ zu beenden, da sie „ihr Ziel, die Diktatur Maduros zu beenden, nicht erreicht“ habe. Das Parlament von 2015 sehe sich jedoch weiter „im Amt“, um „venezolanisches Vermögen im Ausland zu schützen“ und den „Kampf gegen das Chavista-Regime“ fortzusetzen.

Im Falle Großbritanniens handelt sich bei dem Vermögen im Ausland um venezolanische Goldreserven im Wert von etwa 1,7 Milliarden US-Dollar, die in der Bank von England lagern. Seit 2018 weigert die britische Regierung sich, diese an die Regierung Venezuelas zurückzugeben.

Auch auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie blieb Großbritannien bei seiner Blockade, als die Regierung Maduro und UN-Behörden vereinbart hatten, dass Erlöse aus einem möglichen Verkauf des Goldes vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen verwaltet würden, um damit medizinische Güter zu kaufen.

Am Donnerstag hatte die britische Regierung eine Erklärung abgegeben, in der sie ihre Position mit ihrem Engagement für die „Rückkehr der Demokratie in Venezuela“ begründete.

„Wir betrachten die 2015 gewählte Nationalversammlung weiterhin als die letzte demokratisch gewählte Nationalversammlung in Venezuela und nehmen zur Kenntnis, dass die Versammlung ihr Mandat um ein weiteres Jahr verlängert hat“, heißt es in der Erklärung.

Die Regierung von Venezuela hat die britische Note umgehend zurückgewiesen. Diese stelle „eine eklatante Einmischung in Angelegenheiten dar, die in die ausschließliche Zuständigkeit des venezolanischen Staates fallen“. Das Ziel sei, die neu geschaffenen „realen Räume des Dialogs sowie die konkreten Errungenschaften zu beeinträchtigen, die zum Schutz des venezolanischen Volkes“ und zur Rückgabe im Ausland blockierter nationaler Ressourcen zwischen Regierung und Opposition bereits vereinbart worden seien, kritisierte Caracas.

Die Maduro-Regierung forderte die britische Regierung zu einer konstruktiven Rolle und zur Verständigung auf, um die Hindernisse in den bilateralen Beziehungen, „wie z.B. die Veruntreuung von Gold, das dem venezolanischen Volk gehört“, zu überwinden. Venezuela werde bei der Verteidigung seiner Souveränität und des Völkerrechts nicht nachlassen.

Dieser Artikel erschien zuerst auf Amerika21.

Titelbild: shutterstock / Denis—S

Mehr zum Thema:

Neujahrsvorsätze? Auswärtiges Amt will 2023 mal kein Völkerrecht brechen: „Wir erkennen keine Regierungen, sondern nur Staaten an“

USA-Venezuela – Ukraine-Krieg, Sanktionen und der Ölpoker

USA entführen venezolanischen Diplomaten Alex Saab – „Präzedenzfall und gravierender Bruch des Wiener Abkommens“